

Hesse, Helmut

Article — Digitized Version

Die Diskussion über die Neuordnung der Weltwirtschaft

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hesse, Helmut (1976) : Die Diskussion über die Neuordnung der Weltwirtschaft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 10, pp. 501-507

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134999>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG

Die Diskussion über die Neuordnung der Weltwirtschaft

Helmut Hesse, Göttingen

So lebhaft die Diskussion über eine Neuordnung der Weltwirtschaft gegenwärtig geführt wird, so wenig durchsichtig ist sie. Nur wenige sind in der Lage, die unterschiedlichen Ebenen zu benennen, auf denen Argumente ausgetauscht werden. Kaum jemand kann eine Ordnung in die Vielfalt und Vielschichtigkeit von Behauptung und Gegenbehauptung, von Vorschlag und Gegenvorschlag bringen. Vielfach ist nicht einmal bekannt, wie umfassend und weitreichend die Forderungen nach einer Neuordnung sind. So erscheint der Versuch sinnvoll, die Diskussion zu strukturieren und sie dadurch verständlicher zu machen.

Eine Neuordnung der Weltwirtschaft wird nur fordern, wer davon überzeugt ist, daß sie gegenwärtig in Unordnung ist. Er muß diese Unordnung nicht nur mit allgemeinen Hinweisen beschreiben, sondern sie im einzelnen und konkret aufdecken. Dadurch auch wird die Grundlage für Modelle einer neuen internationalen Ordnung und die Entwicklung neuer Regeln gelegt. Da fast alle Vorschläge zur Reform des Weltwirtschaftssystems letztlich Schwachstellen des gegenwärtigen Systems, die beseitigt werden sollen, zugeordnet werden können, ist es wichtig, sich mit den behaupteten Unzulänglichkeiten des bestehenden Systems auseinanderzusetzen.

Sind Mängel vorhanden?

Dies ist (vgl. die Übersicht) die *erste Ebene* der gegenwärtigen Diskussion: Kann man von Unzulänglichkeiten und Unordnung überhaupt sprechen und dadurch die Notwendigkeit einer Neuordnung nachweisen? Auf diese Frage werden viele Antworten gegeben; die Liste der tatsächlichen oder vermeintlichen Mängel ist lang. Man kann die Diskussion über die einzelnen Antworten jedoch mit Hilfe der beiden Begriffe „interna-

tionale Ungleichheiten“ und „globale Interdependenzen“ strukturieren. Danach ist strittig, ob und inwieweit sich Mängel des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems in internationalen Ungleichheiten zeigen oder darin, daß globale Interdependenzen von denjenigen, die wirtschaftliche Entscheidungen treffen, unzulänglich berücksichtigt werden, indem sie die Folgen ihrer Entscheidungen für andere Menschen oder Staaten nicht oder nicht gebührend beachten. Die Diskussion zu jedem dieser beiden Problemkreise verläuft auf *drei Feldern*.

Zunächst geht es im *ersten Feld* um *rein faktische Aussagen*. Man muß internationale Ungleichheiten konkret aufführen und die unzulängliche Berücksichtigung globaler Interdependenzen im einzelnen aufdecken. Auf diesem Feld verläuft die Diskussion zwar in vergleichsweise ruhigen Bahnen, aber durchaus strittig. Das beweisen bereits zwei Beispiele.

□ Erstes Beispiel: Es wird behauptet, das Ausmaß der internationalen *Ungleichheit* zeige sich darin, daß das Pro-Kopf-Einkommen in den westlichen Industrieländern etwa 34mal höher als in den ärmeren Entwicklungsländern ist. Dieser Behauptung wird mit dem Argument entgegengetreten, hier werde *miteinander verglichen*, was nicht miteinander verglichen werden dürfe. Teilweise würden nämlich die produzierten Güter und die erbrachten Dienstleistungen in einer von Land zu Land unterschiedlichen Weise zum Sozialprodukt zusammengefaßt, und es würden Doppelzählungen begangen; teilweise würden in reicheren Ländern mehr als in ärmeren Güter und Dienstleistungen dem Sozialprodukt zugerechnet, die lediglich der Vermeidung von Wohlstandseinbußen

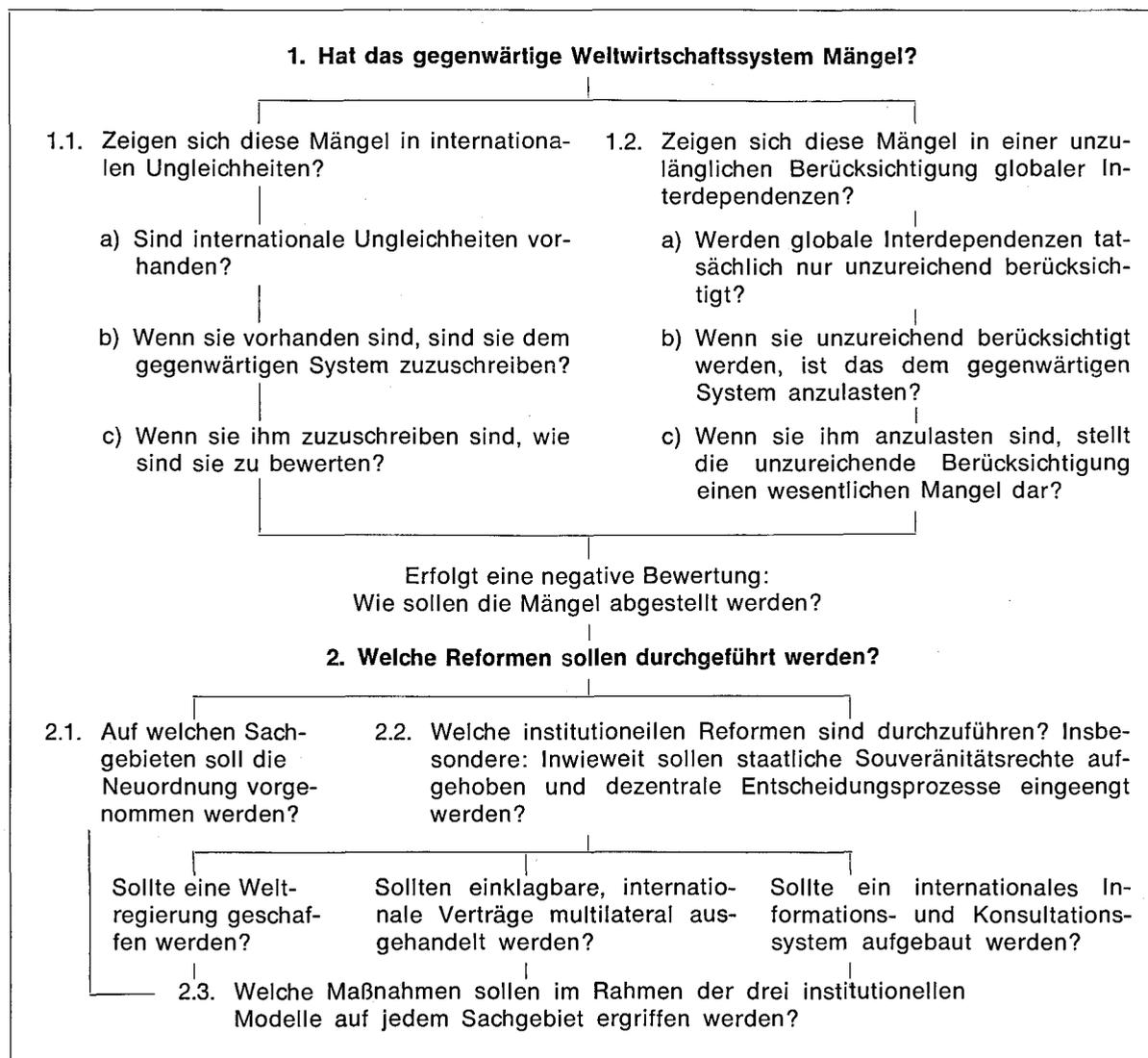
Prof. Dr. Helmut Hesse, 42, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre sowie geschäftsführender Direktor des Ibero-Amerika Instituts für Wirtschaftsforschung an der Universität Göttingen. Er war Mitglied der Projektgruppe, die den 3. Bericht an den Club of Rome (Reshaping the International Order) vorlegte.

dienen und Aufwandscharakter haben. Beseitigt man alle diese Mängel, gelange man nur zu einem Wohlstandsgefälle von etwa 13:1.

□ Zweites Beispiel: Es wird behauptet, die *Verflechtung* der Volkswirtschaften sei in den letzten Dekaden so weit vorangeschritten, daß eine außerordentliche Vermehrung „internationalen Geldes“ globale Inflationsgefahren schaffe. Zwischen 1969 und 1972 habe sich – in US-\$ gerechnet – das Volumen des internationalen Geldes mehr als verdoppelt. Ein weltweiter Inflationsschub sei die Folge gewesen. Ihn müsse man denjenigen anlasten, von deren Entscheidungen die Menge des internationalen Geldes wesentlich bestimmt worden sei: den USA, die große Devisenbilanzdefizite zugelassen haben, und der Südafrikanischen Union und der UdSSR, die Gold auf dem internationalen Markt verkauft haben. Diese Länder hätten in nationalem Interesse gehandelt

und bei ihren Entscheidungen die globalen Interdependenzen der Volkswirtschaften nicht genügend mitberücksichtigt. Diesen Behauptungen wird damit entgegengetreten, daß man die Weltinflation auf andere Gründe zurückzuführen sucht: auf die Inflation der Ansprüche, auf den Verteilungskampf, auf staatliche Haushaltsdefizite usw.

Die Beispiele zeigen, daß Ungleichheiten und globale Interdependenzen nicht prinzipiell geleugnet werden. Es wird lediglich über das Ausmaß der Ungleichheiten und der Berücksichtigung der Verflechtung diskutiert. Das bedeutet, daß auf diesem Feld kaum jemand die Diskussion über die Neuordnung der Weltwirtschaft beendet. Solange nämlich noch anerkannt wird, daß es Ungleichheiten gibt und daß globale Interdependenzen nicht voll berücksichtigt werden, muß man sich den weiteren Fragen stellen, die in der angegebenen Übersicht formuliert worden sind.



Im *zweiten Feld* geht es zunächst darum, ob es dem gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem anzulasten ist, daß Ungleichheiten bestehen und daß globale Interdependenzen bei wirtschaftlichen Entscheidungen unzulänglich berücksichtigt werden. Auf diesem zweiten Feld der Diskussion sind die Meinungsgegensätze größer als auf dem ersten. Auch verläuft der Meinungsstreit vielschichtiger.

Ist das System schuld?

Ein Teil der Kontroversen läßt sich mit der salopp formulierten Formel: „Das System ist schuld – Nein, andere Faktoren sind schuld“, charakterisieren. Dies gilt beispielsweise für die Diskussion über die Frage nach den Gründen für die wirtschaftliche Unterentwicklung der heutigen Entwicklungsländer. Einige Diskussionsteilnehmer antworten ohne Zögern mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung. Unter ihnen befinden sich die sogenannten Dependistas, für die das bestehende Weltwirtschaftssystem eindeutig „neokolonialistische“ Züge trägt und zu einer generellen „dependencia“ der Entwicklungsländer von den Industrieländern geführt hat, mit der die Unterentwicklung erklärt werden kann. Dagegen wird eingewendet, andere Gründe seien maßgeblich. Sie ließen sich – wenigstens teilweise – auch mit einer Änderung des Weltwirtschaftssystems nicht ausräumen. Tropisches Klima, aus Religion erwachsene Lebenseinstellungen, vorhandene Sozialstrukturen, Bevölkerungsexplosion, Mangel an technischen und organisatorischen Fähigkeiten, auch Kapitalmangel seien hier unter anderem zu nennen.

Ein *anderer Teil* dieser Kontroverse weist eine unterschiedliche Struktur auf. Dabei wird das folgende Argument von der einen Seite entwickelt, von der anderen abgelehnt. Nach diesem Argument sind die beobachteten internationalen Ungleichheiten nicht der herrschenden Ordnung zuzurechnen, sondern damit zu erklären, daß immer wieder gegen die Spielregeln, die diese Ordnung ausmachen, verstoßen wird. Man kann dieses Argument am Beispiel des Freihandels verdeutlichen. Der freie Welthandel wird als Bestandteil der gegenwärtigen internationalen Ordnung betrachtet. Man weist darauf hin, daß ein völliger Abbau der Handelsschranken in Industrieländern zu einem steigenden Anteil der Entwicklungsländer an der Weltindustrieproduktion beitragen und dadurch das internationale Einkommensgefälle verkleinern werde. Deshalb dürfe aus bestehenden Ungleichheiten nicht gefolgert werden, daß die herrschende Ordnung durch eine andere ersetzt werden müsse. Es käme vielmehr darauf an, ihre Erhaltung sicherzustellen und sie zu vervollkommen. Diese Argumentation stößt auf Protest. Dabei heißt es, daß die Einhaltung der Spielregeln des

Freihandels seitens der Industrieländer nicht zu anderen Strukturen wirtschaftlicher und politischer Macht in der Welt führen würde. Die internationale Faktorallokation richte sich nach der Nachfrage derer aus, die sie entfalten können, und das seien vornehmlich Bewohner reicher Industrieländer.

Von ganz anderer Art sind die Kontroversen in ihrem *dritten Teil*. Hier werden die unzulängliche Berücksichtigung globaler Interdependenzen und die internationalen Ungleichheiten dem herrschenden Weltwirtschaftssystem dadurch angelastet, daß man es einem anderen (gedachten) System gegenüberstellt, das diese Mängel vermeidet.

Ein Beispiel soll das verdeutlichen. Konstitutives Element der gegenwärtigen Ordnung ist es, daß die Weltmarktpreise Lenkungsfunktionen übernehmen. Sie sollen zu einer möglichst effizienten internationalen Faktorallokation beitragen und eine internationale Arbeitsteilung ermöglichen, bei der jedes Land die Güter herstellt, bei denen es komparative Vorteile besitzt. Eingriffe in den Preismechanismus zur Veränderung der internationalen Einkommensverteilung widersprechen dieser Ordnung. Es fällt nun leicht, Modelle zu konstruieren, bei denen die Preise ausdrücklich in den Dienst einer als gerecht bewerteten internationalen Einkommensverteilung gestellt werden und bei denen die internationale Faktorallokation, die dann von den Weltmarktpreisen unter Effizienzgesichtspunkten nicht mehr optimal bzw. weniger gut als bisher gelenkt wird, einem globalen Planungs- und Management-System zu übertragen. Damit wird jedoch die erste Diskussions-ebene verlassen und die zweite betreten, auf der nach Modellen einer „besseren“ Weltwirtschaftsordnung gesucht wird. Hinzu kommt, daß diejenigen, die so argumentieren, ihre Stellung auf dem dritten Feld bereits bezogen haben. Wer nämlich mit Modellen einer neuen internationalen Ordnung argumentiert und im Vergleich mit ihnen der bestehenden Ordnung Nachteile nachsagt, hat internationale Ungleichheiten und eine unzulängliche Berücksichtigung von globalen Interdependenzen als nicht akzeptierbar bewertet.

Bewertung der Mängel

Auf dem *dritten Feld*, dem der Werturteile, werden Diskussionen, in denen gemeinsam nach Problemlösungen gesucht wird, häufig nicht mehr geführt. Es geht vielmehr darum, Mehrheiten für den eigenen, fest eingenommenen Standpunkt zu finden, indem man den vom „Gegner“ eingenommenen Standpunkt als aus politischen, ethischen, humanistischen oder anderen Gründen schlechter hinstellt. Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen stehen drei Fragen: im Hinblick auf die internationalen Ungleichheiten die soziale Frage, im Hinblick auf die globalen Interdependenzen

die staatliche Souveränitätsfrage und die privatwirtschaftliche Frage.

Die *soziale Frage* lautet im Rahmen der geführten Diskussion: Wie weit soll man internationale Ungleichheiten billigen? Wie heterogen die hierauf gegebenen Antworten sind, zeigen vier (übertrieben formulierte) Beispiele. Nach der ersten ist jedes Land seines Glückes Schmied und für sich selbst verantwortlich. Internationale Ungleichheiten sind damit nicht von der Völkergemeinschaft zu verantworten und sind als gegeben hinzunehmen. Bei der zweiten Antwort wird zwar akzeptiert, daß jedes Land seines Glückes Schmied ist, aber es wird Chancengleichheit gefordert. Jedes Land müsse beim Schmieden seines Glückes die gleichen Chancen haben. Soweit Ungleichheiten Ausdruck fehlender Chancengleichheit seien, müßten sie abgelehnt und dem bestehenden Weltwirtschaftssystem angelastet werden. Bei der dritten Antwort wird jedem Menschen „by the virtue of being born into the world we called civilized“ das Recht auf die Befriedigung von sogenannten Grundbedürfnissen eingeräumt. Die Werturteile zeigen sich hier in der Festlegung von „Minimalanforderungen“ für Nahrungsmittel, Bekleidung, Wohnung und Ausbildung. Die Völkergemeinschaft müsse eine Weltwirtschaftsordnung schaffen, bei der die Erfüllung dieser „Minimalanforderungen“ außer Frage stünde. Darüber hinausgehende Ungleichheiten könnten hingenommen werden. Schließlich wird geantwortet, alle Menschen seien gleich. So müsse auch jede wirtschaftliche Ungleichheit zwischen ihnen abgelehnt und ein Egalitarismus angestrebt werden.

Ein besonderer Aspekt der Diskussionen über die Beantwortung der sozialen Fragen liegt darin, daß das paretianische Werturteil nicht mehr generell anerkannt wird und teilweise durch das Rawl'sche Differenzprinzip ersetzt zu werden scheint¹⁾. Das paretianische Werturteil, nach dem Maßnahmen und Absprachen zwischen Ländern, die diesen Vorteile bringen, ohne anderen Ländern Nachteile zu verschaffen, die Wohlfahrt der Völkergemeinschaft erhöhen, hat die bestehende internationale Ordnung stark beeinflusst. So schreibt beispielsweise das GATT bei Handelsverträgen Reziprozität vor; Nachteile für andere Staaten, die diese Handelsverträge nicht ausgehandelt haben, sollen durch Anwendung der Meistbegünstigungsklausel vermieden werden. Das Differenzprinzip dagegen läuft auf eine lexikographische Präferenzordnung hinaus. Maßnahmen, die nicht zu einer Steigerung der Wohlfahrt der ärmsten Länder führen, finden

¹⁾ Der Rechtsphilosoph J. Rawls hat, fußend auf Kant, Locke und Rousseau, in seinem Werk „A Theory of Justice“, Cambridge 1971, eine gesellschaftliche Ordnung auf der Basis eines freiwilligen Kontrakts entworfen, für den „Gerechtigkeit als Fairneß“ prägend ist.

keine Billigung. Die konsequente Anwendung dieses Prinzips muß zu entscheidenden Änderungen der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung führen.

Die Souveränitätsfrage

Mit der Souveränitätsfrage wird das Problem aufgeworfen, ob die Regierungen von Nationalstaaten in allen ihren Entscheidungen auch dann souverän bleiben sollen, wenn davon negative Auswirkungen auf andere Staaten ausgehen, oder ob die Völkergemeinschaft das Recht hat, die Entscheidungsbefugnisse der Regierungen im Interesse der Verfolgung globaler Zielsetzungen zu beschränken. Die Bewertung dieser Frage verlangt neben der Lösung von organisationstheoretischen Problemen die Aufdeckung einer Reihe von Werturteilen. Wann liegen negative Auswirkungen auf andere Staaten vor? Wer soll die Völkergemeinschaft repräsentieren? Wie soll sie ihre Entscheidungen finden: nach der Ein-Land-eine-Stimme-Regel oder wie? Und wie sind die Entscheidungen durchzusetzen, wenn sich ein einzelnes Land damit nicht einverstanden erklären kann?

Wie die Souveränitätsfrage auf die Beschneidung der Befugnisse von Regierungen abzielt, so geht es bei der *privatwirtschaftlichen Frage* um die Begrenzung der Entscheidungsbefugnisse von Individuen. Man fragt, ob man Personen, deren Produktions- oder Verbrauchsentscheidungen negative externe Effekte auf andere Menschen haben oder Marktanpassungsprozesse auslösen, die aufgrund von Verzerrungen und Starrheiten andere Menschen negativ berühren, Beschränkungen auferlegen darf. Soll beispielsweise ein Unternehmer in einem Industrieland ein neues synthetisches Produkt produzieren und anbieten dürfen, wenn dadurch der Absatz von Rohstoffen aus Entwicklungsländern erheblich beeinträchtigt wird und das wegen der Unvollkommenheiten der Arbeitsmärkte in den Rohstoffländern zu Arbeitslosigkeit führt? Bei der Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen steht man zwar nicht vor der Alternative zwischen freier Marktwirtschaft und zentraler Planwirtschaft, da vielfältige Möglichkeiten staatlicher Lenkung des dezentralen Entscheidungsprozesses einer Marktwirtschaft bestehen, aber die planwirtschaftliche Lösung steht dennoch im Mittelpunkt vieler Diskussionsbeiträge in dieser Frage.

Welche Reformen sollen durchgeführt werden?

Mit der Aufdeckung der Werturteile wird nicht nur die Basis zur Beurteilung bestehender Ungleichheiten, sondern auch die Basis zur Schaffung einer neuen Ordnung gelegt; denn aus den Werturteilen folgen die Zielsetzungen, auf die das neue System ausgerichtet werden soll. Insofern ist das dritte Feld der ersten Diskussionsebene zugleich der

Verbindungsweg (das Scharnier) zwischen den beiden in der Übersicht angegebenen Ebenen.

Hat man die Zielsetzungen vorgenommen, müssen zur Schaffung einer neuen Ordnung zwei Hauptfragen beantwortet werden. Einmal ist zu entscheiden, auf welchen Sachgebieten angesetzt werden soll, zum anderen, welche institutionellen Regelungen gewählt werden sollen. Erst nach Beantwortung dieser beiden Fragen sind Einzelmaßnahmen zu suchen. Es ist wichtig, die nachgeordnete Bedeutung der Diskussion über Einzelmaßnahmen zu erkennen. Wer nämlich nur über Einzelmaßnahmen, z. B. ein integriertes Rohstoffabkommen, diskutiert, gerät allzu leicht in Gefahr, implizite Antworten auf die grundlegenden Fragen, wie sie hier dargelegt wurden, zu übernehmen, ohne diese Antworten selbst im Rahmen einer offenen Diskussion vertreten zu wollen.

Die Diskussion über die Sachgebiete, auf denen man mit einer Neuordnung beginnen soll, ist weitgehend eine Diskussion über Zweckmäßigkeit. Auf der einen Seite wird behauptet, wenn man nicht gleich Reformen auf allen Sachgebieten durchführe, sei es unmöglich, eine konsistente, durch-

gehende internationale Ordnung zu schaffen. Da Wirtschaft und Gesellschaft untrennbar miteinander verbunden seien, könne man ohnehin nicht Wirtschaftsreformen ohne Gesellschaftsreformen durchführen. Welch weiter Rahmen damit gesteckt wird, zeigt beispielsweise der dritte Bericht an den Club of Rome, der sogenannte RIO-Report (Reshaping the International Order). Dort werden folgende „major problem areas relevant to the creation of a new international order . . . with a view to defining the magnitude of the tasks confronting the international community“ diskutiert, und zwar in dieser Reihenfolge:

- Rüstungswettlauf
- Bevölkerung
- Nahrungsmittel
- Menschliches Wohnen
- Menschliche Umwelt
- Internationale Währungs- und Handelssysteme; Hilfe zu Vorzugsbedingungen
- Natürliche Ressourcen und Energie
- Wissenschaft und Technologie; transnationale Unternehmen



Vertrauen verpflichtet

Wir wissen, daß unsere Kunden ihr Vertrauen in uns setzen. Vertrauen in die Qualität der MOBIL-Erzeugnisse. Vertrauen in die Leistungsfähigkeit eines Weltunternehmens, dessen Teil wir sind.

Wir wissen, daß man von MOBIL immer etwas mehr erwartet. Ein Mehr an Beratung, an Service, an fortschrittlichem Denken.

Wir wollen, daß das so bleibt; daß Sie mit MOBIL morgen ebenso zufrieden sind wie gestern oder vorgestern.

Wir arbeiten dafür. In unseren Raffinerien, in unseren Forschungslaboratorien, in unserer ganzen Organisation. Tag für Tag. Für Sie, den Kunden, dessen Vertrauen unser Kapital ist.

Mobil

MOBIL OIL A.G. IN DEUTSCHLAND · 2 HAMBURG 1 · STEINSTRASSE 5

- Die Meere
- Der Weltraum

Die Befürworter einer großen Lösung, bei der gleich *aufeinander bezogene* Reformen auf allen Sachgebieten vorgenommen werden sollen, werden von ihren Diskussionspartnern häufig als hoffnungslose Idealisten hingestellt. Gleich alles anzufangen hieße, von Anfang an alles in Frage zu stellen. Man solle sich vielmehr – ohne das Ganze aus dem Blick zu verlieren – auf einzelne Sachgebiete konzentrieren. Schon das sei schwierig genug. Mit welchem Sachgebiet dabei begonnen werden soll, ist zwar strittig, mehrheitlich aber wird das Gebiet „Internationale Währungs- und Handelssysteme . . .“ angesprochen.

Institutionelle Reformen

Liest man die vielen Diskussionen, Deklarationen und Aktionspläne, die inzwischen vorliegen, kann man im großen und ganzen *drei Modelle* institutioneller Regelungen zur Lösung der auf den einzelnen Sachgebieten bestehenden Probleme vorfinden:

Nach dem ersten Modell soll letztlich, und d. h. in ferner Zukunft, eine *Weltregierung* gebildet und dem Ziel verpflichtet werden, die Weltwohlfahrt auf der Basis einer als gerecht bewerteten internationalen Einkommensverteilung zu erhöhen. Von dieser späteren Weltregierung wird erwartet, daß sie umfassende, wenn auch grobe Strukturpläne hinsichtlich der internationalen Arbeitsteilung aufstellt und durchsetzt und in den Preisbildungsprozeß so eingreift, daß die internationale Einkommensverteilung gleichmäßiger wird. Da eine Weltregierung auf absehbare Zeit als nicht realisierbar betrachtet wird, geben sich diejenigen, die dieses Modell einer neuen Welt aufgestellt haben, mit Schritten auf dieses Ziel hin zufrieden. Sie verlangen, Kompetenzen von nationalen auf internationale Gremien zu übertragen, diese Gremien „demokratisch“ zusammenzusetzen und sicherzustellen, daß die Mehrheitsentscheidungen durchgesetzt werden.

In dreierlei Weise sind diese Forderungen bereits konkretisiert worden. Einmal ist verlangt worden, eine internationale Zentralbank zu schaffen und sie so, wie die nationalen Zentralbanken unter Regierungskontrolle gebracht worden sind, der globalen Ländergemeinschaft zu unterstellen. Dieser Bank soll der gesamte internationale Zahlungsverkehr und das gesamte internationale Kreditssystem unterstellt werden. Die Entscheidungen trifft ein Zentralbankrat, dessen Zusammensetzung nicht den finanziellen Beiträgen der Kapitalgeber entspricht. Zum anderen wird eine Weltbehörde zur Regelung all dessen gefordert, was unter den Begriff „Gemeinsames Erbe der Menschheit“ subsumiert worden ist. Hierbei wird z. B. an die Ausnutzung der Schätze des Meeresbodens gedacht. Schließlich wird die Gründung einer Weltenergiebehörde vorgeschlagen, die das Problem einer möglichen weltweiten Energieknappheit lösen und das Recht zu Eingriffen in die Energiepolitik der Einzelstaaten erhalten soll.

Anderen Reformvorschlägen liegt ein zweites Modell einer neuen Welt zugrunde. In diesem Modell gibt es keine Weltregierung, die zentral Produktions- und Verteilungspläne aufstellt. Doch soll nach und nach ein *Netz internationaler, einklagbarer Verträge* geschaffen werden, welche die Regierungen aller Länder bei ihren wirtschaftspolitischen Aktivitäten an bestimmte Regeln binden und auf internationale Zielsetzungen verpflichten und welche für Produzenten und Nachfrager in den einzelnen Volkswirtschaften neue Daten setzen, die ihre Entscheidungsfreiheit einengen. Die Spannweite der vorgeschlagenen Verträge ist weit. Es fallen auf der einen Seite die begrüßenswerten internationalen Abmachungen und Verhaltenskodizes darunter, deren Ziel die Sicherung geordneter internationaler Wettbewerbsverhältnisse ist. Auf der anderen Seite denkt man an massive, ja z. T. an marktwirtschaftlichen Vorstellungen zuwiderlaufende Eingriffe in den Allokations- und Verteilungsmechanismus der westlichen Welt.

Das dritte Modell zeichnet sich gegenüber den beiden ersten durch einen höheren Grad an Frei-

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

willigkeit aus. Es wird daran gedacht, einen Mechanismus zu schaffen, der sicherstellt, daß jede Regierung alle anderen Regierungen über ihre wichtigen wirtschaftlichen Probleme und ihre wirtschaftspolitischen Absichten regelmäßig informiert und jede Regierung vor dem Ergreifen von Maßnahmen, die weltwirtschaftliche Auswirkungen haben werden, konsultiert. In dieses System *gegenseitiger Information und Konsultation* sollen regelmäßige internationale Konferenzen über Weltprobleme und Möglichkeiten ihrer Lösung eingefügt werden. Es wird gewünscht, daß alle Regierungen daran mit dem grundsätzlichen Versprechen teilnehmen, im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten an der Realisierung international gesetzter Ziele mitzuwirken. Man knüpft daran die Hoffnung, daß wegen der intensiven Beschäftigung mit globalen Problemen und mit den Sorgen der Dritten Welt mehr und mehr die Erhöhung der internationalen Wohlfahrt auch die nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt und daß die Länder sich auf freiwilliger Basis mehr und mehr an der Finanzierung internationaler Entwicklungsfonds beteiligen.

Zuordnung der Maßnahmen

Jedem dieser Modelle können für jedes Sachgebiet bestimmte Maßnahmen zugeordnet werden. Ihre Auffindung bildet den ersten Aspekt bei der Diskussion über Einzelmaßnahmen. Auf welche Lösungen man dabei stoßen kann, zeigen bereits einige Beispiele:

Im Rahmen des ersten institutionellen Modells ist auf dem Sachgebiet „Natürliche Ressourcen und Energie“ empfohlen worden, der Weltenergiebehörde das Recht zur Erhebung einer Steuer auf die Produktion von Atomenergie zu geben. Von dieser Steuer erwartet man, daß sie die Ausbreitung von Atomkraftwerken verhindert und damit die Wahrscheinlichkeit einer mißbräuchlichen Ausnutzung der in diesen Werken verwendeten Technologien zu kriegerischen Zwecken gering hält. Die Einnahmen sollen der Erschließung neuer Energiequellen dienen und damit zur Lösung eines besonderen Rohstoffproblems, des Erdölproblems, beitragen.

Im Rahmen des zweiten Modells ist beispielsweise im Hinblick auf die Handelsordnung angeregt worden, die Preise der Ausfuhrwaren der Entwicklungsländer an die Preise ihrer Einfuhrwaren zu ketten und durch eine solche Indexierung sicherzustellen, daß einmal die Weltinflation nicht eine reale Einkommensumverteilung zum Nachteil der Entwicklungsländer bewirkt und zum anderen der Ressourcentransfer von Industrie- in Entwicklungsländer zunimmt.

Im Rahmen des dritten Modells ist im Hinblick auf das Sachgebiet „Nahrungsmittel“ die Hoffnung geäußert worden, die Industrieländer würden den Fleischverbrauch besteuern, um so die Fleischproduktion einzuschränken, die benötigte Futtergetreidemenge zu senken und mehr Getreide direkt für die menschliche Ernährung zur Verfügung zu haben.

Zielerreichungsgrade der Maßnahmen

Der zweite Aspekt bei der Diskussion über Einzelmaßnahmen ist wichtiger als der erste. Er ist darin zu sehen, daß jede vorgeschlagene Maßnahme daraufhin überprüft wird, inwieweit sie zur Ausräumung von Ungleichheiten beitragen kann und in welcher Weise mit ihr globale Interdependenzen berücksichtigt werden. Die Diskussion beschäftigt sich somit mit den Zielerreichungsgraden der einzelnen Maßnahmen und sucht die Maßnahme mit dem höchsten Zielerreichungsgrad zu realisieren. Ein Beispiel hierfür ist die Diskussion über die Bildung internationaler Rohstoffkartelle seitens der Entwicklungsländer. Es wird jenseits der Frage nach der Beurteilung von Kartellen aus marktwirtschaftlicher Sicht strittig diskutiert, ob Kartelle Bestand haben können, ob also die Bedingungen für dauerhafte Kartellbildungen vorliegen.

Der dritte Aspekt schließlich besteht im wertenden Vergleich von Maßnahmen. Damit kehrt man häufig auf das Feld der Werturteile zurück. Sehr deutlich wird das bei der Diskussion über die Forderung der Entwicklungsländer nach „gerechten und lohnenden“ Preisen, d. h. nach Preisen, die über dem Marktgleichgewichtsniveau liegen und den Entwicklungsländern höhere Einkommen zusichern sollen. Verwirklicht werden soll diese Forderung u. a. im Rahmen eines integrierten Rohstoffprogramms und durch Indexierung der Ausfuhrpreise der Entwicklungsländer. Diese Forderung wird von den marktwirtschaftlich organisierten Ländern mit dem Hinweis auf die Allokationsschäden, die ihre Realisierung bewirken würde, abgelehnt. Diejenigen Vertreter von Industrieländern, die ernsthaft gewillt sind, zum Abbau der Ungleichheiten in der Welt beizutragen, schlagen deshalb eine Alternativmaßnahme vor. Danach wird die freie Weltmarktwirtschaft in eine soziale Weltmarktwirtschaft verwandelt, indem eine internationale „distribution machinery“ aufgebaut wird. Ein wachsender Teil des Sozialprodukts der Industrieländer (0,7 % bis 1980, danach Steigerung auf 1 %) soll danach als Entwicklungshilfe aufgebracht werden. Davon soll der größte Teil direkt internationalen Entwicklungsorganisationen, z. B. der Weltbank, zugeführt werden, die damit unter Effizienzgesichtspunkten geprüfte Entwicklungsprogramme der Dritten bzw. der Vierten Welt finanzieren.